



Nach Hamas-Angriff auf Israel: Hannover zeigt Solidarität

Stand: 09.10.2023 21:39 Uhr

Bei einer friedlichen Kundgebung haben am Montag rund 350 Menschen in Hannovers Innenstadt Solidarität mit Israel bekundet. Auch in anderen Städten gibt es nach dem Angriff auf Israel Solidaritäts-Demos.

"Wir sehen Bilder aus Israel, die man kaum glauben kann, die an Grausamkeit nicht zu überbieten sind", sagte Niedersachsens

Innenministerin Daniela Behrens (SPD) bei der Kundgebung auf dem Steintorplatz. Die Hamas kenne kein Erbarmen und keine Menschlichkeit. Gleichzeitig mahnte die Ministerin, der Terror dürfe sich nicht nach Deutschland ausdehnen. "Wir werden das jüdische Leben in unserem Land schützen und uns gegen jede Form von Antisemitismus und Israelhass stellen", so Behrens. Die niedersächsische Polizei werde bei Demonstrationen zukünftig darauf achten, dass die Hamas und ihr Terrorismus nicht unterstützt werden. "Wer Terror bejubelt, tritt die Menschenwürde und die deutsche Verfassung mit Füßen."

Onay: "Jüdisches Leben hat ein Recht zu bestehen"

Hannovers Oberbürgermeister Belit Onay (Grüne) betonte: "Jüdische Menschen haben ein Recht zu leben - egal ob in Israel, in Berlin oder in Hannover." Das sei die oberste Botschaft, die von Hannover ausgehen müsse: "Jüdisches Leben hat ein Recht zu bestehen." Die Hamas müsse die Waffen niederlegen, diesen "verdammten Terror" beenden und die unschuldigen, verschleppten Menschen freilassen. "Beendet das Morden, beendet die Überfälle", so Onay.

Präsident der Jüdischen Gemeinde: "Stolz auf Hannover"

Vereinzelt kam es auf der Kundgebung zu Auseinandersetzungen wegen Beleidigungen jüdischer Menschen und "Pro Palästina"-Rufen. Überwiegend bleibt die Stimmung jedoch friedlich. "Ich bin dankbar, dass so viele Menschen gekommen

4 Min ▶

Hamas-Angriff auf Israel: Große Solidarität im Norden

In vielen Städten gehen Menschen auf die Straße, um gegen den Terror der

Hamas zu protestieren - auch in Hannover.

sind. Ich bin stolz auf Hannover", sagte Michael Fürst, der Präsident der Jüdischen Gemeinde Niedersachsen. Der von Gaza aus

gestartete Überfall der Hamas habe zum größten Massensterben von Jüdinnen und Juden seit dem Holocaust geführt. Gräueltaten in diesem Ausmaß habe er sich zuvor nicht vorstellen können. Zugleich mahnte er: "Nicht jeder Palästinenser ist ein Terrorist." Er sei froh, dass es in Niedersachsen ein hervorragendes Verhältnis zur palästinensischen Gemeinde gebe. Dies dürfe nicht durch einige "Verrückte" zerstört werden.

Forderung nach Sanktionen gegen den Iran

Yevgen Bruckmann, stellvertretender Vorsitzender der Liberalen Jüdischen Gemeinde Hannover, forderte ein Verbot der Zusammenarbeit mit allen verbündeten Organisationen der Hamas, sowie "umfangreiche Sanktionen gegen den Geldgeber Iran". Es dürfe keinen Handel "mit dem größten Finanzier des Terrorismus" geben, so Bruckmann.

Breite Unterstützung für Kundgebung

Die Kundgebung stand unter dem Motto "Solidarität mit dem angegriffenen Staat Israel und seiner Bevölkerung". Neben Vertretern aus der Landes- und Kommunalpolitik nahmen auch der Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannovers, Ralf Meister, und der katholische Bischof von Hildesheim, Heiner Wilmer, teil. "Wir verurteilen diese Angriffe der Hamas und stehen an Israels Seite", teilte der Verein Freundeskreis Hannover im Vorfeld mit, der die Deutsch-Israelische Gesellschaft bei der Organisation der Kundgebung unterstützt hatte. Auch die Jungsozialisten (Jusos), die Grüne Jugend, die Jungen Liberalen, der Ukrainische Verein in Niedersachsen und die Ezidische Akademie unterstützten die Kundgebung.

**170 Menschen
solidarisieren sich in**

O

In

Nach Hamas-Angriffen: Solidarität mit Israel in Norddeutschland

In mehreren Städten haben Kundgebungen stattgefunden - unter anderem in Hannover und Hamburg. Politiker, Vereine und Verbände verurteilen den Terror.

ebenfalls eine große Solidaritäts-

Kundgebung statt. In Oldenburg hat das Junge Forum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft für Dienstagabend ab 18 Uhr zu einer Demonstration aufgerufen. Bereits am Sonntagabend waren auf dem Theater-Vorplatz in Osnabrück laut Polizei rund 170 Menschen zusammengekommen, um ihre Solidarität mit Israel zu bekunden.

Niedersachsen zeigt nach Hamas-Angriffen Flagge

Vor dem Niedersächsischen Landtag sind die israelische, die deutsche und die niedersächsische Flagge gehisst.

Die niedersächsische Staatskanzlei ordnete am Montag eine landesweite Beflaggung an. Vor der Staatskanzlei weht die israelische Flagge bereits seit Sonntag. Nach Möglichkeit solle sie vor allen öffentlichen Gebäuden bis einschließlich Mittwoch gehisst werden, so eine Sprecherin.

Als Deutsche in Israel: Gespräch mit einer Auswanderin

4 Min ▶

Die Sozialarbeiterin Anna-Maria Meier aus Georgsmarienhütte lebt seit acht Jahren in Israel. Sie ist zum Judentum konvertiert. (09.10.2023)

Angriffe auf Israel und Gaza: "Es ist fürchterlich für alle"

Palästinensische und jüdische Gemeinden in Niedersachsen rufen trotz aller Differenzen zu Frieden auf. Politiker bekunden ihre Solidarität.



Bundesanwaltschaft ermittelt wegen Terrorangriffen der Hamas



Hintergrund seien die Entführungen und mutmaßlichen Tötungen deutscher Staatsbürger nach dem Großangriff auf Israel. Mehr bei tagesschau.de

Osnabrück: Solidaritätskundgebung für Israel

Rund 170 Menschen beteiligten sich laut Polizei. Oberbürgermeisterin Pötter (CDU) fordert ein Ende der Gewalt der Hamas. (09.10.2023)



Dieses Thema im Programm:

NDR 1 Niedersachsen | Aktuell | 09.10.2023 | 20:00 Uhr

MEHR NACHRICHTEN AUS DER REGION →

**Landtag:
Weil will**

**Regierungserklärung zu Israel
abgeben**

**Nebenberuflich zur
Bundeswehr: Heimatschutz
sucht Rekruten**

**Nach
Hamas-
Angriff auf**



Heute nimmt das Heimatschutzregiment für Niedersachsen seinen Dienst auf. Antworten auf Fragen zum Heimatschutz liefert das FAQ.

Israel: Hannover zeigt Solidarität

Ist

Videoüberwachung auf dem Weihnachtsmarkt Hannover rechtmäßig?

MEHR NACHRICHTEN AUS NIEDERSACHSEN

4 Min ▶

mit einer Auswanderin

Als Deutsche in Israel: Gespräch

2 Min ▶

aus Niedersachsen

Wahlen in Hessen und Bayern: Reaktionen